

: Programm

Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016 **Wege zu einer koordinierten** **afrikanischen Migrationspolitik:** **Die Rolle afrikanischer** **Regionalorganisationen**

Hotel NH Potsdam

7.-8. April 2016

Konferenzsprachen

Deutsch/Englisch (simultan)

Kooperationspartner

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn/Bonn
WeltTrends, Potsdam

HINTERGRUND

Internationale Migrationsbewegungen, hauptsächlich hin zum europäischen Kontinent, werden derzeit in Europa viel diskutiert. Themen, die aus afrikanischer Perspektive im Mittelpunkt der Debatten um eine afrikanische Migrationspolitik stehen, finden in Deutschland und Europa jedoch häufig nur marginale Beachtung. Nach Angaben der Vereinten Nationen (UN) hielten sich alleine im Jahr 2013 15,3 Millionen Migranten innerhalb Afrikas in einem anderen Land als ihrem Geburtsland auf – Tendenz steigend. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bleiben 65% der Migranten aus Subsahara-Afrika innerhalb des Kontinents.

Dies geschieht aus vielerlei Gründen: Menschen fliehen aufgrund gewaltsamer Konflikte, politischer Repression oder Menschenrechtsverletzungen. Gleichzeitig migrieren viele auf der Suche nach besseren Bildungs- oder Arbeitsmarktchancen sowie im Rahmen der von der Afrikanischen Union (AU) und den Regionalen Wirtschaftsgemeinschaften (Regional Economic Communities, RECs) propagierten Personenfreizügigkeit. Letztere Migrantengruppen werden im Folgenden im Mittelpunkt stehen. Die Interessen und Herausforderungen der einzelnen Regionen in der Migrationspolitik variieren; denn die meisten afrikanischen Staaten lassen sich dabei nur schwierig in Herkunfts-, Transit- und Zielländer unterteilen, da sie häufig von allen drei Phänomenen betroffen sind.

Eine koordinierte und kohärente Migrationspolitik ist deshalb zu einer wesentlichen Herausforderung für afrikanische Staaten geworden. Dabei geht es vor allem darum, das Potential geregelter Migration zu nutzen und gleichzeitig Risiken und Kosten für Migranten sowie negative Begleiterscheinungen für Herkunfts-, Transit- und Aufnahmeländer zu verringern. Die Bedeutung von Migrationspolitik für die Entwicklung des Kontinents ist z.B. im *AU Migration Policy Framework for Africa* aus dem Jahr 2006 oder der *Agenda 2063* aus dem Jahr 2013 ausgedrückt. Im Jahr 2015 bekräftigte die AU in ihrer Erklärung zu Migration noch einmal die Wichtigkeit von Mobilität auch für die regionale wirtschaftliche Integration.

Mehrere RECs haben deshalb in den letzten Jahren diverse Maßnahmen zur Förderung von Mobilität sowie zum Management von Migration entwickelt. Im Vordergrund stehen die Verbesserung der rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen von Migranten, die Regelung und Ausweitung von Personenfreizügigkeit und Arbeitsmigration sowie, wenn auch hier nicht ausschlaggebend, die Verhinderung irregulärer Migration. Die Umsetzung dieser sowie der auf kontinentaler Ebene erlassenen Vorschriften und Richtlinien verläuft jedoch schleppend. Dies liegt vor allem daran, dass häufig die entsprechenden institutionellen und personellen Kapazitäten auf der Ebene der AU, der RECs und der einzelnen Mitgliedstaaten fehlen.

Vor diesem Hintergrund soll im Zentrum der Potsdamer Frühjahrsgespräche 2016 eine kritische Bestandsaufnahme regionaler Umsetzungsprozesse zur Migrationspolitik in Afrika stehen. Darüber hinaus sollen afrikanische und europäische Akteure gemeinsam Prioritäten und Handlungsfelder einer kohärenten und umfassenden Migrationspolitik in Afrika identifizieren und diskutieren.

- Welche regionalen Protokolle und Dialogprozesse gibt es zur Migrationspolitik in Afrika? Welche Lücken sind noch zu schließen?
- Welche praktischen Maßnahmen sind notwendig, um die vereinbarten Ziele zu erreichen?
- Wie können die Potentiale von geregelter Migration und Mobilität besser für Entwicklungsprozesse auf dem afrikanischen Kontinent genutzt werden? Wie kann verhindert werden, dass die Abwanderung hochqualifizierter Migranten zu einem Entwicklungshemmnis wird?
- Wie können Deutschland und die EU die Akteure der afrikanischen Migrationspolitik im Hinblick auf die Stärkung regionaler wirtschaftlicher Integration unterstützen? Wie können gemeinsam langfristige Lösungswege erarbeitet werden?
- In welchen Bereichen kann die EU als Vorbild dienen? Wo können afrikanische Akteure ggf. aus aktuellen Herausforderungen und Erfahrungen der EU lernen? Wo sind verstärkte Anstrengungen der EU notwendig?

: Donnerstag, 7. April 2016

- 9.00 Uhr Registrierung
- 9.30 Uhr Begrüßung
Anne Quart
Staatssekretärin
Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz
des Landes Brandenburg, Potsdam
Klaus Brückner
Mitglied des Vorstands der
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), Bonn

TEIL I

DIE BEDEUTUNG VON MOBILITÄT UND WIRTSCHAFTLICHER INTEGRATION FÜR DEN AFRIKANISCHEN KONTINENT

- Moderation
Klaus Brückner
Mitglied des Vorstands der
Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), Bonn
- 10.00 Uhr Keynotes
Gibril Faal
Direktor GK Partners, London
S.E. Walter Lindner
Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Südafrika, Pretoria
Andreas Gies
Leiter der Abteilung Entwicklungszusammenarbeit weltweit - Länderabteilung
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn
- Plenumsdiskussion

TEIL II

BESTANDSAUFNAHME: DIE MIGRATIONSPOLITIK DER RECS

In einem aktuellen Forschungsprojekt analysiert der UNESCO-UNU Chair in Regional Integration, Migration and Free Movement of People bestehende kontinentale und regionale Politiken und Strategien zu Migrationspolitik in Afrika. Zur Einführung in die Diskussion soll ein kurzer Überblick über etablierte Instrumente und bestehende Herausforderungen gegeben werden.

- 11.15 Uhr **Dr. Christopher Nshimbi**
DST-NRF Research Fellow & Vizedirektor
Centre for the Study of Governance Innovation (GovInn)
Fachbereich Politikwissenschaft, Universität Pretoria
- Plenumsdiskussion
- 12.00 Uhr Mittagessen

TEIL III

PERSONENFREIZÜGIGKEIT: WUNSCH UND WIRKLICHKEIT

Langfristiges Ziel der AU ist eine unbeschränkte regionale bzw. kontinentale Mobilität. Ein konkreter Bestandteil der Agenda 2063 der AU ist deshalb die Einführung eines afrikanischen Passes. Dies geht einher mit der Aufforderung, die Visumpflicht für alle Bürger afrikanischer Ländern bis zum Jahr 2018 aufzuheben. Damit soll das Problem andauernder Irregularität behoben, die Abwanderung von Migranten jenseits des Kontinents eingedämmt und u.a. den innerafrikanischen Handel befördert werden. Auch viele RECs stellen die Personenfreizügigkeit und Mobilität ins Zentrum ihrer Integrationspolitik. In der Umsetzung weit fortgeschritten sind u.a. die Economic Community of West African States (ECOWAS) oder die Intergovernmental Authority on Development (IGAD). Andere Staaten wiederum verschließen angesichts aktueller Krisen wiederum ihre Grenzen für Migranten oder Flüchtlinge oder schieben diese in periodisch wiederkehrenden Wellen ab – Herausforderungen, denen sich auch die EU derzeit gegenüber gestellt sieht.

Wie weit ist die Umsetzung eines afrikanischen Passes fortgeschritten, welche Herausforderungen gibt es? Wie gelingt die Implementierung von Mobilität und Personenfreizügigkeit in den RECs? Wie kann der Widerspruch zwischen der Förderung regionaler Integration und Restriktionen in der Aufnahme von Migranten und Flüchtlingen aufgehoben werden? Was kann aus den derzeitigen Herausforderungen der EU im Zusammenhang mit Freizügigkeit (Schengen), Restriktionen und Grenzkontrollen gelernt werden?

Moderation

Prof. Dr. Raimund Krämer

Herausgeber WeltTrends, Potsdam

Mitglied des Beirats der Stiftung Entwicklung und Frieden (sef:), Bonn

13.30 Uhr

Inputs

Dr. Olumide Abimbola

Berater für die Abteilung NEPAD, regionale Integration und Handel

Afrikanische Entwicklungsbank (AfdB), Abidjan

Caroline Njuki

Regionale Migrationskoordinatorin

Sekretariat der Zwischenstaatlichen Behörde für Entwicklung (IGAD), Djibouti

Prof. Dr. John O. Oucho

Exekutivdirektor

African Migration and Development Policy Centre (AMADPOC), Nairobi

Plenumsdiskussion

15.30 Uhr

Kaffeepause

TEIL IV

MOBILITÄT UND BESCHÄFTIGUNG: MOTOR FÜR REGIONALE WIRTSCHAFTSINTEGRATION?

Arbeitsmigration ist ebenso wie Handel ein Baustein regionaler Wirtschaftsintegration und Entwicklung. In ihrer Erklärung vom Januar 2015 erkennt die AU zum einen die rapide Zunahme von Arbeitsmigration und ihren enormen Beitrag zu Entwicklung und Armutsbekämpfung an. Gleichzeitig zeigt sich die AU besorgt über die dramatischen Konsequenzen der Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte sowie das Risiko einer steigenden Jugendarbeitslosigkeit als Folge des demographischen Wandels. Die Notwendigkeit, umfassende Strukturen und Instrumente zum Management von Arbeitsmigration zu etablieren oder zu stärken, drückt sich u.a. im gemeinsamen Arbeitsmigrationsprogramm (*Joint Labour Migration Program*, JLMP) der Kommission der AU, der ILO, der Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen (UNECA) und anderer Partner aus. An der Umsetzung des Programms sind alle acht RECs beteiligt.

Wie weit ist die Umsetzung des gemeinsamen Arbeitsmigrationsprogramms auf Ebene der AU und der RECs fortgeschritten, welche Herausforderungen gibt es? Wie werden die Potentiale von Arbeitsmobilität für die regionale Wirtschaftsintegration in den einzelnen RECs genutzt? Welche Erkenntnisse können aus den Herausforderungen und Lösungswegen der EU, z.B. hinsichtlich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft und Dynamik der Arbeitsmärkte der Mitgliedstaaten, gewonnen werden?

Moderation

Gibril Faal

Direktor GK Partners, London

16.00 Uhr

Inputs

Takiwaa Manuh

Direktorin

Abteilung für soziale Entwicklungspolitik

Wirtschaftskommission für Afrika der Vereinten Nationen (UNECA), Addis Abeba

S.E. Marcel R. Tibaleka

Botschafter der Republik Uganda, Berlin

Matthias Busse

Researcher

Centre for European Policy Studies (CEPS), Brüssel

Plenumsdiskussion

ABENDPROGRAMM

ab 18.00 Uhr

Stadtführung

ab 19.30 Uhr

Empfang auf Einladung des Ministerpräsidenten des Landes Brandenburg
im Forsthaus Templin

Begrüßung durch

Anne Quart

Staatssekretärin

Ministerium der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz
des Landes Brandenburg, Potsdam

: Freitag, 8. April 2016

TEIL V

MIGRANTEN ALS AKTEURE FÜR ENTWICKLUNG: DIE ROLLE DER DIASPORA

Die positiven Aspekte von Migration und Mobilität für die Entwicklung und Integration von Gesellschaften finden auch auf politischer Ebene immer mehr Gehör. Migranten und Diaspora-Gemeinschaften leisten – auch als Folge einer zunehmenden Personenfreizügigkeit – einen bedeutenden Entwicklungsbeitrag durch Geldtransfers (Remittances), aber auch von im Ausland erworbenen Fähigkeiten und der Nutzung neuer Ideen und Netzwerke. Auch die Agenda 2063 der AU erkennt diesen Beitrag ausdrücklich an. Mehrere afrikanische Staaten haben deshalb nationale Strategien zur Einbindung der Diaspora in Entwicklungsprozesse entworfen. Organisationen der afrikanischen Zivilgesellschaft appellieren gleichzeitig an afrikanische und europäische Staats- und Regierungschefs, u.a. die Transaktionskosten für Remittances zu verringern und darüber hinaus strukturierte Konsultationen mit Migranten und Diasporagemeinschaften für die Weiterentwicklung nationaler und regionaler Entwicklungsstrategien zu unterstützen.

Wie können Diasporaorganisationen besser in die Entwicklungsplanung ihrer Herkunftsländer sowie die Planung und Umsetzung internationaler Entwicklungspolitik eingebunden werden? Welche Modelle gibt es, wo bleiben Herausforderungen bestehen?

Moderation

Dr. Andrea Riester

Stellvertretende Leiterin

Sektorvorhaben Migration und Entwicklung

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Eschborn

09.30 Uhr

Inputs

Hailu Kinfe Bune

Berater

African Institute for Remittances (AIR) Projekt

Kommission der Afrikanischen Union, Addis Abeba

Emmanuel Enos

Direktor des Büros für Diasporaangelegenheiten

Ministerium für Außenbeziehungen und regionale Integration, Accra

Cleophas Obino Torori

Vize-Länderdirektor

Transfer of Knowledge Through Expatriate Nationals (TOKTEN) Programme Liberia

Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Monrovia

Kyeretwie Osei

Policy Officer Americas and Caribbean

Directorate of Citizens and Diaspora Organization (CIDO)

Kommission der Afrikanischen Union, Addis Abeba

Plenumsdiskussion

11.30 Uhr

Kaffeepause mit Imbiss

TEIL VI

AUF DEM WEG ZU EINER KOOPERATIVEN MIGRATIONSPOLITIK ZWISCHEN AFRIKA UND DER EU

Nicht zuletzt beim Afrika-EU-Gipfel zu Migration in Valletta im November 2015 stand eine kooperative Migrationspolitik zwischen afrikanischen Staaten und der EU auf der Tagesordnung. Im Fokus standen aus europäischer Sicht die Bekämpfung von Fluchtursachen, eine bessere Förderung und Organisation legaler Migrationswege, ein besserer Schutz für Migranten und Asylbewerber, eine effektivere Bekämpfung von Ausbeutung und des Schleuserwesens sowie eine bessere Zusammenarbeit bei der Rückführung und Rückübernahme von Migranten. Wie während der vorherigen Programmpunkte diskutiert, prägen auf dem afrikanischen Kontinent selbst jedoch ganz andere Prozesse und Herausforderungen, aber auch Potentiale von Migration die Debatten.

Wie kann ein gemeinsamer Nenner zwischen den unterschiedlichen Interessen und Herausforderungen auf beiden Kontinenten gefunden werden? Wie können die Akteure in Afrika und Europa voneinander lernen? Welche Unterstützung für die afrikanische Migrationspolitik wird von der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit erwartet? Was kann sie leisten?

Moderation

Dr. Günther Taube

Direktor der Abteilung Globale Partnerschaften

Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), Bonn

12.00 Uhr

Gesprächsrunde

Anna Knoll

Policy Officer in the Strengthening European External Action Programme
European Centre for Development Policy Management (ecdpm), Maastricht

Dr. Mehari Taddele Maru

Migrationsberater für die Afrikanische Union (AU) und die
Zwischenstaatliche Behörde für Entwicklung (IGAD), Addis Abeba

Dr. Abdoul Aziz M'Baye

Senior Politikberater in der Afrika-Abteilung
Europäischer Auswärtiger Dienst (EEAS), Brüssel

Sophie Ngo-Diep

Regional Network Developer & Funding Coordinator, MADE Programme
International Catholic Migration Commission (ICMC), Brüssel

Christoph Rauh

Leiter des Referats Grundsatzfragen der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit
mit Afrika und der Afrikanischen Union

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn

Plenumsdiskussion

14.00 Uhr

Verabschiedung durch die Veranstalter